

Die Stasi macht wieder mobil – wehret den Anfängen!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

vor wenige Tagen hat ein ehemaliger Stasi-Spitzel beim Landgericht Zwickau eine einstweilige Verfügung erwirkt, dass in einer von Herrn Dompfarrer i.R. Dr. Edmund Käbisch gestalteten Ausstellung der Name dieses IM's nicht mehr genannt werden darf. Sein Rechtsanwalt, der für die SED-Nachfolgepartei im Stadtrat und im Kreistag sitzt, hat angedroht, Herrn Dr. Käbisch im Auftrag noch anderer Stasi-Mitarbeiter mit weiteren Prozessen zu überziehen. Die zuletzt in Reichenbach gezeigte Ausstellung musste deshalb vorläufig abgebaut werden.

In einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland sind die Gerichte unabhängig. Ihre Hilfe kann auch von denen in Anspruch genommen werden, die selbst die Rechte anderer mit Füßen getreten haben. Als gute Demokraten respektieren wir deshalb den Beschluss des Landgerichts, auch wenn er unserem Rechtsempfinden widerspricht. Wir halten die Entscheidung aber rechtlich für fragwürdig und politisch für ein verheerendes Signal. Die Stasi war eine tragende Säule des DDR-Regimes. Wer sich für diesen Unrechtsstaat wissentlich und willentlich hergegeben und seinen Mitmenschen geschadet hat, muss es hinnehmen, dass dieses Unrecht buchstäblich beim Namen genannt wird. Darum ermutigen wir Herrn Dr. Käbisch, gegen die einstweilige Verfügung den Rechtsweg zu beschreiten. 18 Jahre nach der friedlichen Revolution darf es den alten Bonzen nicht gelingen, ihre Kritiker mundtot zu machen!

Dieser Rechtsstreit ist allerdings mit hohen Kosten verbunden, deren Übernahme Herr Dr. Käbisch nicht zumutbar ist. Deshalb appellieren wir an dieser Stelle an die parteiübergreifende Solidarität aller Demokraten und bitten Sie, ihn gemeinsam mit uns bei der Prozessfinanzierung zu unterstützen. Wir haben für diesen Zweck folgendes Konto eingerichtet: Bürger für Käbisch, Kto. Nr. 2222 0 33333, BLZ 870 550 00, Sparkasse Zwickau.

Wenn Herr Dr. Käbisch den Rechtsstreit gewinnt, muss der Stasi-Spitzel die Gerichts- und Anwaltskosten übernehmen. In diesem Fall werden wir den gesammelten Betrag der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. – Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge zukommen lassen. Sie leistet den Opfern politischer Verfolgung Unterstützung bei der Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung und trägt im Rahmen der politischen Bildung zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Festigung unserer Demokratie bei. Ebenso werden wir verfahren, wenn das Spendenaufkommen die Prozesskosten überschreitet.

Für Rückfragen und weitere Informationen steht Ihnen die Geschäftsstelle der CDU Zwickau-Werdau, Hauptstraße 28, 08056 Zwickau, Tel. (0375) 282710 gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Luther, Mitglied des Deutschen Bundestags, Zwickau
Frank Seidel, CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der Stadt Zwickau
Thomas Starke, Kreisvorsitzender der Jungen Union Zwickau/Zwickauer Land